

CampusGrün



www.campusgruen.org

{ } Inhaltsleer?

Wir sind anders.



Liebe Studis,

wir von CampusGrün haben uns entschieden, eine Wahlzeitung für die Wahl zum Studierenden Parlament und zum Akademischen Senat zu machen, weil wir glauben, dass Hochschulpolitik von den meisten KommilitonInnen nicht recht wahrgenommen wird. Viele KommilitonInnen sehen nicht, dass sie selbst mit ihrer Stimme und auch ihrem Engagement an der Gestaltung unserer Uni mitwirken können.

So liegt es in unseren Händen, die Uni - in den Gremien und außerhalb - zu gestalten. Von welchen Hochschulgruppen dabei der AstA gestellt wird, entscheidet sich durch unsere Stimme.

Diese Zeitung verfolgt zweierlei Ziele. Einerseits wollen wir ganz unverhohlen für uns, CampusGrün, und unsere Ziele werben, indem wir Euch unsere Inhalte näher bringen. Andererseits wollen wir über hochschulpolitische Themen aufklären, über die auf dem Campus wenig bekannt ist.

Wahl zum Akademischen Senat AS
LISTE 2

Arne Köhn

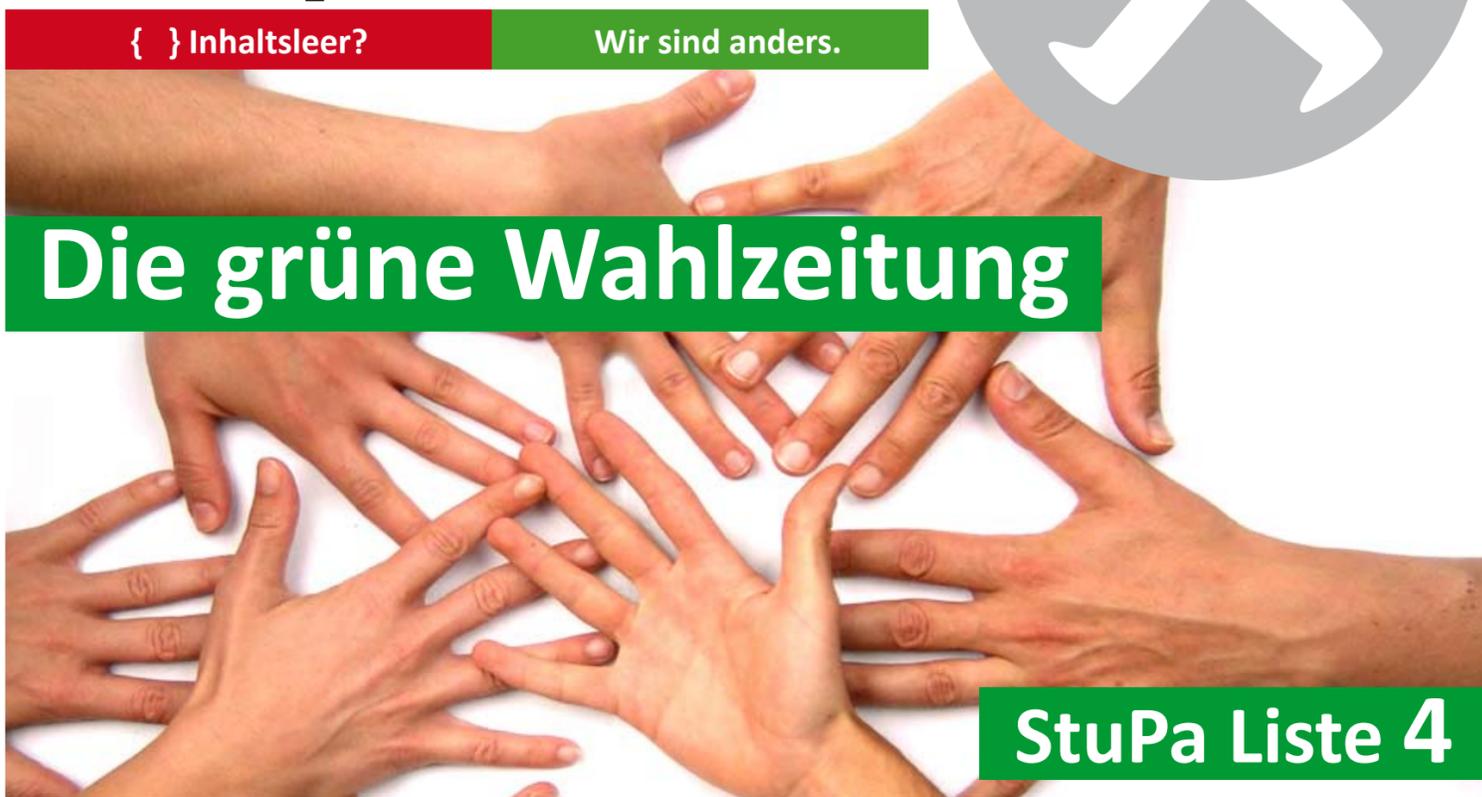
Informatik, 9. Sem
Akademischer Senat, erwV,
StuKo, OE

Kai Hildebrandt

Informatik, 7. Sem
Akademischer Senat, FSR

Die vollständige Liste findest Du unter:

www.campusgruen.org/KandidatInnen/AS/



Die grüne Wahlzeitung

StuPa Liste 4

Es ist eine Menge los an unserer Uni sowie an den deutschen und europäischen Hochschulen. Überall streiten KommilitonInnen für bessere Studienbedingungen, für mehr Mitbestimmung,

für mehr Gleichberechtigung. Auch bei uns werden Hörsäle besetzt und alternative Veranstaltungen organisiert. In diese Zeiten fallen die Wahlen für das Studierenden Par-

lament (StuPa) und den Akademischen Senat (AS). Hochschulgruppen kandidieren um die 47 Sitze des StuPas, aus dem unser Allgemeiner Studierenden Ausschuss (AstA)

hervorgeht. Dieser hat den Auftrag, nach außen hin die Interessen der Studierenden mit Nachdruck zu vertreten. Aber auch im AS sowie dessen Ausschüssen können wir mit drei

Sitzen für studentische Positionen einsteigen und so manch neue Perspektive eröffnen. Wir, CampusGrün, rufen daher zur Wahl auf. Gemeinsam wollen wir Uni gestalten.

Wer ist denn hier Öko?

Studierende, die für Ökologie kämpfen, tragen sicher auch selbstgestrickte Pullover und ernähren sich ausschließlich von Müsliriegeln?

Ein Klischee, das verkennt wie wichtig es geworden ist auf die Umwelt zu achten und noch dazu wie einfach es sein kann an einem Ort wie der Universität ein wenig ökologischer zu sein. Ein Beispiel gefällig? An der Universität Hamburg gibt es allein etwa 36.000 Studierende und auch im Computerzeitalter produziert ein Studentenleben einen riesigen Berg Papier, jeder volle Ordner mit Vorlesungsunterlagen enthält mehr

als 1,5 kg davon. Wenn ein oder zwei von uns beschließen nur noch mit Recyclingpapier zu arbeiten, ist das ein edles Vorhaben. Eine viel größere Wirkung hätte es jedoch den gesamten Papierverbrauch aller universitären Drucker auf Recyclingpapier umzustellen.

Neben Papier verbraucht die Universität, also wir, eine kaum vorstellbar große Menge an Energie. Wer sich jedoch aufmerksam auf dem Campus umsieht, entdeckt schnell Potential im Unialltag Energie zu sparen

ohne auf Annehmlichkeiten verzichten zu müssen.

Eine bessere Isolierung und selbstregulierende Heizungen können die Heizkosten senken und zu besser temperierten Räumen führen. Die regelmäßige Wartung und schnelle Reparatur der sanitären Anlagen können den Wasserverbrauch reduzieren. Und wer würde ernsthaft einen tropfenden Wasserhahn vermissen? Sowohl die Nutzung von Recyclingpapier als auch die Senkung des Energiebedarfs haben neben ihrer Umweltfreundlichkeit die angenehme Nebenwirkung Kosten zu reduzieren. Durch eine ökologischere Ausrichtung der Universität werden also auch noch Mittel frei, die anderweitig genutzt werden und uns allen zum Vorteil gereichen können.

Wir finden, dass es in den Mensen dauerhaft Bioangebote geben sollte. Da die Mensen Großabnehmer sind, kann man so Bioessen günstig einkaufen und somit Studierenden bezahlbares Essen von hoher Qualität anbieten. Langfristig setzen wir uns auch für fair gehandelte Waren ein.

Ein Plädoyer für die Geisteswissenschaften

- Das Studium der Geisteswissenschaften befähigt dazu seine Umwelt kritisch zu betrachten und zu analysieren, Symbole, ob in Bildern, Texten, Reden, ... zu erkennen und zu interpretieren, sich eine fundierte und differenzierte eigene Meinung zu dem Wahrgenommenen zu bilden und zu äußern. Dadurch werden feststehende „Wahrheiten“ hinterfragt der Weg frei gemacht für Erneuerung und Progression.
- Das Studium der Geisteswissenschaften erforscht fremde Welten – oder besser fremde Weltbilder und Denkweisen, sei es aus der Vergangenheit, oder aus anderen Kulturen, oder auch in der eigenen Kultur.
- GeisteswissenschaftlerInnen betrachten Dinge aus einer anderen Perspektive. Durch das Studium der Geisteswissenschaften erweitert man seinen Blick auf die Welt. Durch die Fähigkeit gesellschaftliche Probleme aus einem anderen Blickwinkel zu sehen, können neue Möglichkeiten zu ihrer Lösung gefunden werden.
- Durch den erwähnten Einblick in andere und oft fremde Kulturen, bringt uns das Studium der Geisteswissenschaften

deren Denkweisen und Weltanschauungen näher und bereichert unsere Vorstellungswelt. Dies hilft uns, andere uns fremd scheinende Handlungsweisen zu verstehen, angemessen mit ihnen umzugehen und somit Konflikte zu verhindern und internationale Kommunikation zu erleichtern.

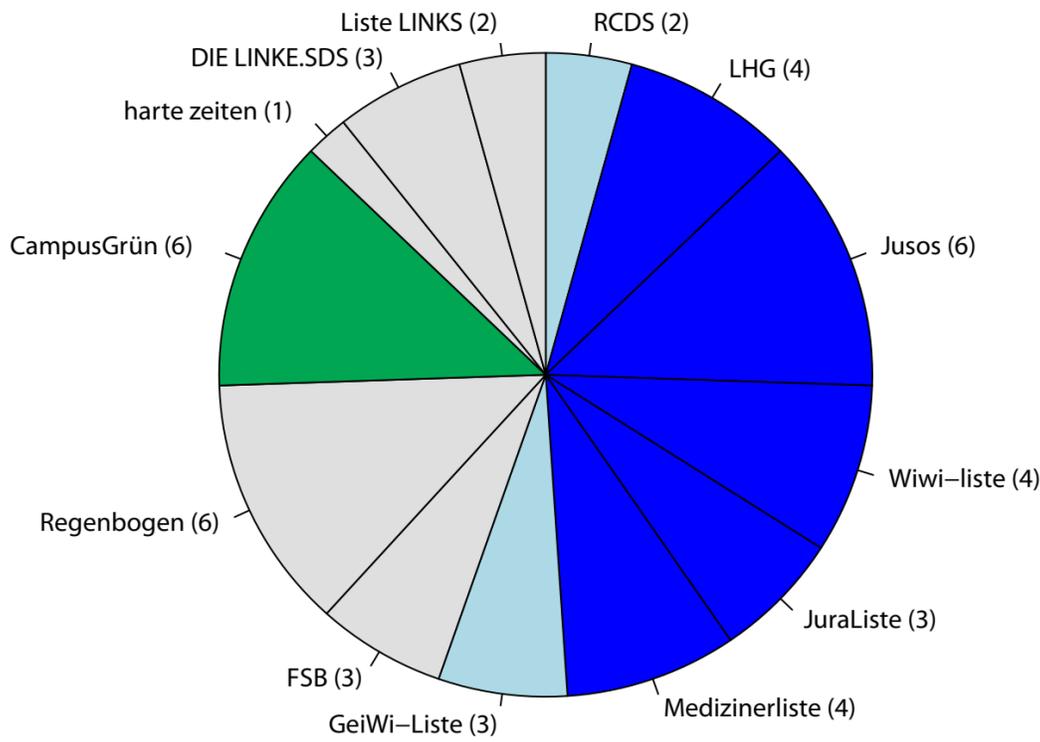
Ein besonderer Pluspunkt der Geisteswissenschaften ist ihre Vielfalt. Durch diese Vielfalt kann an den verschiedensten Fragen gleichzeitig geforscht werden und es entsteht eine Pluralität der Meinungen und Sichtweisen. Diese Pluralität führt zu Kontroversen und Diskurs. Und ein Diskurs bringt neues hervor: ein neues Problembewusstsein, neue Problemlösungen, neue Gesellschaftsmodelle.

So kann sich unsere Gesellschaft weiter entwickeln und bleibt nicht statisch. Diese unglaubliche Produktivität und Progressivität ginge verloren, wenn die Vielfalt der geisteswissenschaftlichen Fächer reduziert werden würde.

Rückblick auf ein Jahr Studierendenparlament

Das vergangene Jahr im Studierendenparlament (StuPa) war für CampusGrün mit einer Reihe von Enttäuschungen verbunden. Nachdem wir als zweitstärkste Kraft ins Stupa einzogen waren, stellten wir fest, dass den meisten anderen Hochschulgruppen nicht daran gelegen war, sich ernsthaft mit alternativen Meinungen auseinander zu setzen. Das spiegelte sich zunächst darin wieder, dass sich die Listen der derzeitigen AStA-Koalition gegenseitig verboten mit uns Koalitions-gespräche zu führen. Dies zog sich über zwei Monate hin. Dann fiel jedoch auf, dass sie ja gar keine Mehrheit mehr im Stupa haben, und so war die Koalition bereit, sich mit uns zu befassen, nicht aber zu Zugeständnissen. Daran krankt zurzeit die studentische Selbstverwaltung. Der AStA besteht seit einigen Jahren aus der sogenannten „Vernunft“, einem festen Block aus unterschiedlichen Hochschulgruppen, namentlich: Juso HSG, Liberale Hochschulgruppe, Wiwi-, Jura- und Medizinerliste. Diese Vereinigung hat sich – so die Behauptung – aus einem Zusammenschluss von Gruppen gebildet, um einen linken AStA zu verhindern. Durch die Verhinderung von „Feindkontakt“ sollte gewährleistet werden, dass dieser Block in seinen Bestandteilen erhalten bleibt. Durch die Verhandlungen im Block wurde auch versucht einzelne Teilgruppen am Ausscheren zu hindern. Konkret heißt das für die WählerInnen, dass z.B. eine Stimme für die Jusos, indirekt die Macht der Wiwis und der LHG mit sichert (und andersherum). Besonders schwerwiegend durch das Tolerierungsabkommen mit dem RCDS hieß dies: Eine Stimme für die Jusos war eine Stimme für

den RCDS. Die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten nach jeder Wahl ist faktisch ausgeschaltet. Der Koalitionsvertrag - wenn es ihn denn gibt - bleibt seit Jahren unter Verschluss. Dieses Vorgehen ist problematisch, da es nie an die WählerInnen kommuniziert wurde. Es entsteht der Eindruck, dass die beteiligten



Hochschulgruppen zum größten Teil nur Stimmvieh zur Verfügung stellen, während die Entscheidungen vor allem aus anderen Kreisen kommen. Auf der anderen Seite stehen die Oppositionsgruppen, die im vergangenen Semester entweder durch linksideologische Verblendung jede Diskussion im Keim erstickten, oder wie zum Beispiel die Mitglieder von Regenbogen gar nicht erst zu StuPa-Sitzungen erschienen. Der jetzige AStA-Vorstand scheint der Aufgabe der Vertretung studentischer Interessen in schwierigen

Zeiten nicht gewachsen zu sein. Der Alltag immerhin scheint weitestgehend gemeistert zu werden, ein erfolgreiches Campus Open-Air, ein paar Kulturkurse, die Filmmacht im Abaton. Immerhin mag man denken. Doch als politische Interessenvertretung gefragt war, ging es regelmäßig mit 180 Sachen den Holzweg hinunter. Bei wichtigen politischen Auseinandersetzungen wird reagiert statt agiert, und das fast ausnahmslos zu spät. Und selbst dann, sind klare Forderungen und Ziele nicht zu finden. So hielt man bis zuletzt an Frau Auweter-Kurtz fest, die nicht die Interessen der Studierenden vertrat. Die teilautonome Interessenvertretung der Frauen wurde in der letzten Legislatur komplett abgeschafft. Die ausländischen Studierenden haben seit dem Sommer 2008 keine legitimierte Interessenvertretung. Das liegt daran, dass die AStA-Mehrheit sich weigerte die Wahl anzuerkennen und die gewählten Referenten zu bestätigen. Darüberhinaus bemühen sie sich bis heute nicht um eine angemessene Lösung des Problems und der Wahlverlierer bleibt im Amt. Auch beim Bildungstreik fuhr der AStA einen Zickzack-Kurs: Die Finanzierung wurde den ASten der TU-Harburg und der HAW überlassen, während sich der AStA der Uni-Hamburg gleichzeitig politisch von ihm distanzierte und zu ihm aufrief. Auch die jüngste Besetzung des Audimax scheint da keine Ausnahme zu sein. Man lehnte einen Antrag im StuPa, der die Solidarität mit den Besatzern der Uni Wien und des Audimax an der Uni Hamburg bekunden sollte, ab. Wir meinen, dass ein AStA sich an die Spitze der Bewegung stellen sollte. Die Vernunft-Koalition vertritt nicht die studentischen Interessen, sondern steht vordergründig für ihren eigenen Machterhalt und muss deswegen von uns allen abgewählt werden.

Universitäre Selbstverwaltung - Nur eine Worthülse?

Von allen Seiten der Hamburger Politik wird bei der Forderung nach mehr Demokratie an der Hochschule immer eilig dazugesagt, man wolle nicht zurück zur Gremien-Universität. Diese gilt als veraltet und außer Stande, die Probleme der Universität nachhaltig zu lösen. Machen wir uns nichts vor, es gibt an der Uni Hamburg ProfessorenInnen, die nicht bereit sind, sich an neue Gegebenheiten anzupassen. Es gab Strukturen, die sich scheinbar primär selber aufrecht erhalten wollten. Es gab Probleme, Veränderungen durchzusetzen. Dies ist jedoch kein Grund, warum die Forderung nach mehr Demokratie an der Hochschule mit einem solchen

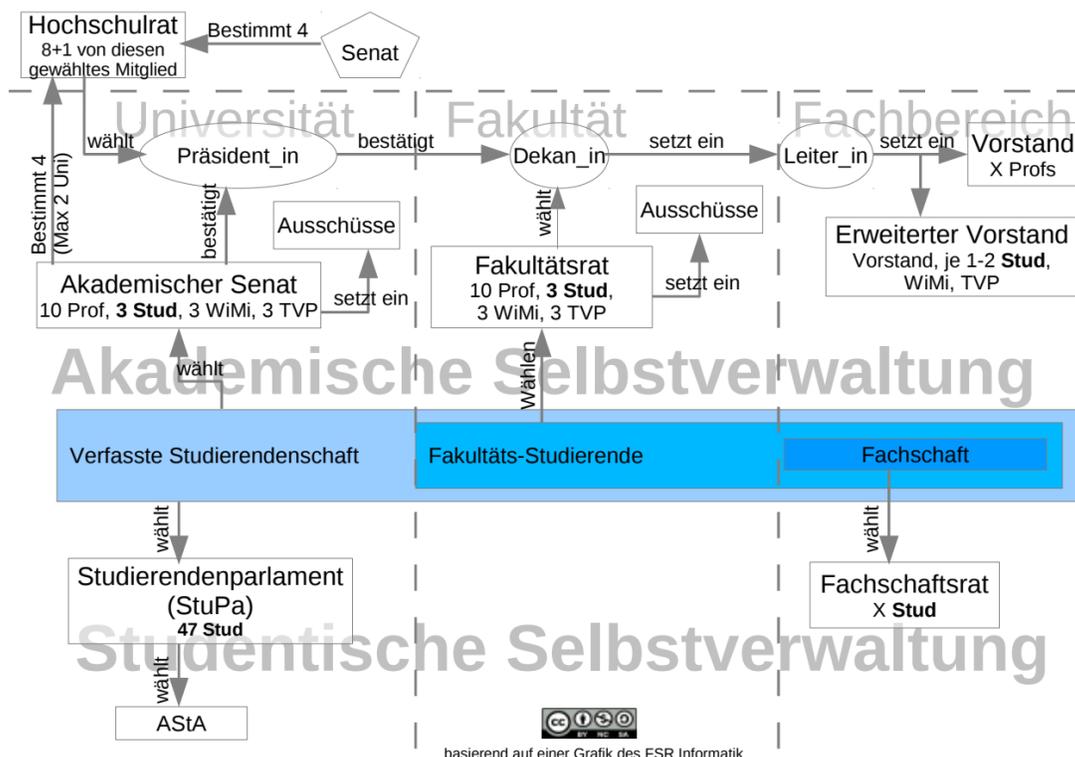
Zusatz beschränkt werden müsste. Auch in einer von oben regierten Universität sind all diese Probleme vorhanden. Heute ist der Hochschulrat das zentrale

die/den PräsidentIn. Die geplante Änderung, dass DekaneInnen vom Präsidium und nicht mehr von den Fakultätsräten eingesetzt werden, ist dank massiven

den besten Einblick in die Gegebenheiten vor Ort haben. Prüfungsordnungen werden nicht im Fachbereich beschlossen, sondern in Fakultätsräten. Es ist fraglich,

Hier ist es sinnvoll, das Subsidiaritätsprinzip umzusetzen. Entscheidungen sollen auf möglichst niedriger Ebene getroffen werden. Dies garantiert ein Maximum an Kompetenz und an demokratischer Beteiligung. Nur durch Beteiligung und Diskussionen ist es möglich Entscheidungen ausreichend zu legitimieren und nur wenn Entscheidungen diese Legitimation zu Grunde liegt, können sie langfristig Erfolg haben. Es muss bei der aktuellen Evaluation ein neuer Geist der Entscheidungsfindung

im Hamburger Hochschulgesetz (HmbHG) Einzug finden. Sonst werden auch zukünftige PräsidentInnen an dem Versuch der Veränderung scheitern.



Glossar

Hochschulrat (HR)
Der Hochschulrat ist das „ungeliebte Steuerungsgremium“ der Uni. Er entscheidet über die wesentlichen Ziele, wie den Struktur- und Entwicklungsplan (STEP) und ermittelt den/die PräsidentIn.

Präsidium
Dem Präsidium obliegt die Leitung der Universität. Die/ der PräsidentIn wird vom HR gewählt und vom AS bestätigt. Es bedarf einer 3/4tel Mehrheit im Hochschulrat für die Abwahl.

Akademischer Senat (AS)
In AS Sitzen sitzen drei stud.VertreterInnen, je drei vom Technischen- und Verwaltungspersonal (TVP) und von den Wissenschaftlichen Mitarbeitern (WiMi). Die Professoren haben mit zehn VertreterInnen die Mehrheit im AS.

Fakultäten
Sie sind die mittlere Verwaltungsebene der Universität. An der Uni Hamburg gibt es sechs Fakultäten: MIN, WiSo, EPB, Jura, GeiWiss, Medizin. In jeder gibt es einen Fakultätsrat.

AStA
Das StuPa wählt zu Beginn der Legislaturperiode den AStA-Vorstand. Dieser bestimmt die Referenten.

StuPa
Das StuPa ist das Parlament aller Studierenden der Uni. Einmal im Jahr werden verschiedene Listen um Stimmen.

FSR
Der FSR wird von der Fachschaft gewählt. Einige Fachschaftsräte haben sich in der Fachschaftsrätekonferenz (FSRK) zusammengeschlossen.

basierend auf einer Grafik des FSR Informatik

OpenAccess oder die Entfesselung der Bildung

Wissenschaft dient dem Erkenntnisgewinn. An Universitäten arbeiten hierfür staatlich bezahlte WissenschaftlerInnen, ihre Forschungsergebnisse publizieren sie in wissenschaftlichen Zeitungen. Die Verlage, die diese Zeitungen herausbringen, organisieren ein sogenanntes Peer-Review-Verfahren: fachnahe GutachterInnen (ebenfalls vom Staat bezahlte Wissenschaftler) überprüfen die Artikel. So soll sichergestellt werden, dass die veröffentlichten Artikel eine hohe Qualität haben. Die Zeitschriften werden dann von den Universitätsbibliotheken gekauft, damit die Mitglieder der Universität Zugriff auf die Forschungsergebnisse haben.

Der Staat bezahlt also gleich dreimal für die Forschung, die Verlage zahlen normalerweise weder für die Artikel noch für die Gutachten. Die Exklusivrechte an den Artikeln verbleiben natürlich bei den Verlagen, eine anderweitige Veröffentlichung durch die AutorenInnen ist ausgeschlossen. Die Idee

von OpenAccess ist, dass Forschungsergebnisse für die Gesellschaft (die diese Ergebnisse bezahlt hat) als Ganzes frei zugänglich sein sollen. Seit es das Internet gibt, ist es technisch

bliziert, allerdings zahlt die/der AutorIn (bzw. ihr/sein Arbeitgeber, die Uni) für die Kosten der freien Veröffentlichung im Internet. Da die Käufer der Zeitschriften (die Universitäten)

darin, dass die Hochschulen kooperieren und eigene Verlage aufbauen, wie u.a. mit der „German Academic Publishers“ Initiative, an der auch die Uni Hamburg beteiligt ist.



und finanziell kein Problem mehr jede Information verfügbar zu machen. Eine Möglichkeit dies zu erreichen ist das sogenannte Author-Pays Modell, die Publikation wird wie gehabt über einen Verlag pu-

auch die Produzenten der Artikeln sind, haben sie durch die Verschiebung der Kosten keine Nachteile, der Zugang zu den Artikeln ist aber unentgeltlich und so für alle abrufbar. Ein anderer Ansatz besteht

Zu OpenAccess in der Lehre findet jedoch kaum eine Diskussion statt und die bestehenden Möglichkeiten werden nicht genutzt. Problematisch ist, dass das restriktive Urheberrecht beispielsweise nur dann

erlaubt, fremde Abbildungen in Lehrmaterialien zu verwenden, solange diese nur den Kursteilnehmern zugänglich gemacht werden. Wenn aber eine kritische Masse an Material unter z.B. Creative Commons Lizenzen zur Verfügung steht, braucht nicht jeder das Rad neu erfinden. Stattdessen könnte man sich darauf beschränken, Materialien und Veröffentlichungen zu verbessern. Als positive Konsequenz könnten Wissbegierige (Studierende gehören dazu) einen größeren Fundus an Lehrmaterialien nutzen – um verschiedene didaktische Konzepte, Meinungen und Sichtweisen zu einem Thema kennen zu lernen. Erste Ansätze hierzu gibt es schon: Unter <http://lecture2go.uni-hamburg.de> kann sich jeder Mittschnitte von Veranstaltungen der Uni Hamburg ansehen. Damit andere das (hochschulpolitische) Rad nicht neu erfinden müssen, stehen alle unsere Texte unter einer freien Lizenz. Du kannst sie ändern und weiterverbreiten, solange du anderen dasselbe erlaubst. Lies einfach das Kleingedruckte im Impressum.

Tolerierung durch den RCDS

Anstatt mit anderen Hochschulgruppen zusammenzuarbeiten, lässt sich der AstA lieber vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) tolerieren. Aber welche Inhalte vertritt der RCDS überhaupt?

Er ist für Studiengebühren, allerdings nicht in der aktuellen Form: Wer nicht sofort zahlen will oder kann, soll später prozentual zum Einkommen zahlen: „Die Hochschule hat damit ein originäres Interesse daran, ihre Studenten [...] mit bestmöglichen Chancen am Arbeitsmarkt auszubilden, um für sich den Geldmittelrückfluss zu maximieren!“^[1] Also: Wer während des Studiums Geld hat, zahlt 100%, andere eben später das Doppelte. Dafür können wir uns darauf freuen

en, dass die Universität endlich konsequent nur noch die Fächer fördert, die eine hohe Rendite versprechen! Auch bei der Gleichstellung vertritt der RCDS interessante Positionen, Gender Mainstreaming scheint eine schlimme Sache zu sein: „In Zeiten staatlicher Einmischung in den Kernbereich persönlicher Freiheit etwa durch das sog. Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, in Zeiten von Gender Mainstreaming, der Bedrohung des für eine Demokratie unerlässlichen freien öffentlichen Diskurses durch die Wächter der sog. political correctness [...] wird konservative, zeitgeistkritische Politik Elixier freiheitlicher, bürgerlicher Kräfte, die den Versuchungen des in Deutschland herrschenden

Wohlstands widerstehen und sich auf die Fundamente gelingenden Zusammenlebens rückbesinnen.“ Apropos gelingendes Zusammenleben: „Wohlstand und Gerechtigkeit [...] werden durch [Globalisierung, bewegliches Kapital und] die jugendliche Kraft vor allem asiatischer Völker auf eine Probe gestellt. [...] Die angestammte Bevölkerung altert rasch. Verdruss, Faulheit, Dekadenz und Naivität nagen an der Leistungsfähigkeit Europas. Das ökologische Gleichgewicht des Planeten Erde steht auf dem Spiel.“ Bei dem letzten Punkt stimmen wir sogar zu, sehen den Zusammenhang zu dem vorherigen aber nicht.

^[1]Hochschulpositionspapier der Jungen Union Hamburg
^[2]<http://www.rcds-hamburg.de/grusswort/> („Wir über uns“)

Praxis mit Tradition

die FSRe an um zu fragen, ob nicht das Interesse bestünde kurzerhand eine MIN-Liste zu gründen. Dieser Versuch scheiterte ebenfalls kläglich, da die FSRe sich weigerten, eine solche Liste mitzutragen.

Tarnlisten sind eine bewusste Täuschung der Studierendenschaft. Es wird eine politische und programmatische Alternative vorgegaukelt, die faktisch nicht existiert. Doch leider scheitern nicht alle Versuche im Vorfeld, und so ist es wichtig, bei jeder Wahl ganz genau hinzuschauen: Welche Listen sind eigenständig mit einem fundierten und gewachsenen Profil und werden von aktiven Studierenden betrieben, und welche nicht.

Mehrheitsbeschaffung durch Tarnlisten! Eine

Nachdem es dem AstA nicht möglich war in der Konstellation des Vorjahres weiter zu regieren, musste er sich in der noch laufenden Legislatur durch die RCDS-Liste tolerieren lassen. Dieses Vorgehen ist per se zwar nicht verwerflich, allerdings will dieser laut eigener Aussage seinen Einfluss nutzen um im AstA konservative Politik voran zu bringen. Da der RCDS indirekt auch den Ruf des AstAs schädigt und es sich mit einer Mehrheit bequemer regieren lässt, bedient sich dieser einem alten Stilmittel der Hochschulpolitik: Tarnlisten! Diese Listen werden meist als Fachbereichslisten gestaltet, um eine bestimmte Zielgruppe anzusprechen, können aber im Einzelfall auch ei-

nen netten Namen haben, der ein bestimmtes Ziel vorgaukelt. Der Wahlkampf wird zum Teil sogar durch andere AstA-Listen finanziert. Konkret hieß das im letzten Jahr, dass im Fachbereich Erziehungswissenschaft eine Tarnliste gegründet werden sollte. Man hatte jedoch nicht mit dem Widerstand der angesprochenen Personen gerechnet. Diese fanden das Vorgehen anrühlich und intransparent, sodass sie sich weigerten und sich CampusGrün anschlossen. Ein weiteres Beispiel ist der Versuch eine MIN-Liste (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften) zu installieren. So schrieb Anja Riegel (Hopo-Referentin des jetzigen AstAs, Juso HSG) im Oktober

Die Ba/Ma-Reform reformieren!



Der Bologna-Prozess ist für viele zu einem Reizwort geworden. Die Studienbedingungen in den Ba Studiengängen wurden mitunter derart ausgestaltet, dass für Studierende nicht der selbstbestimmte Bildungsprozess im Vordergrund steht, sondern nur die nächste Klausur oder die nächste Hausarbeit. Es gilt möglichst viel Stoff in kurzer Zeit in sich aufzusaugen und bei der Prüfung auszukotzen. Mittlerweile gibt es dafür ein Wort in der Presse: „Bulimielernen“. Alarmiert durch die bundesweiten Proteste vieler KommilitonInnen, reagiert die Politik nun und fordert die Hochschulen auf, hier tätig zu werden. Damit spielt die Politik den Ball an die Hochschule zurück, obwohl auch und gerade die Politik gefordert ist bei der Finanzierung und gesetzlichen Regelungen. Wir Studierende dürfen daher nicht nachlassen, unsere berechnete Kritik an den konkreten Missständen zu formulieren und auf deren Beseitigung hinzuwirken. Cam-

pusGrün setzt sich dafür ein, dass durch Prüfungen nicht bloßes Faktenwissen, sondern Kompetenzen nachgewiesen werden, etwa durch Open-Book-Klausuren oder praxisorientierte Prüfungsformen.

Die Anzahl der Studien- und Prüfungsleistungen muss insgesamt flexibler gestaltet und in manchen Fachbereichen reduziert werden.

Um eigenmotiviertes Lernen zu fördern, muss es an der Universität Hamburg mehr studentisch selbstverwaltete Seminare geben.

Es muss die Möglichkeit bestehen, auch über die von der Prüfungsordnung geforderten Module hinaus an anderen Lehrveranstaltungen teilnehmen zu können.

Der Master soll an Universitäten Regelabschluss sein, wobei wir Übergangsquoten vom Bachelor zum Master ablehnen. Viele KommilitonInnen finanzieren sich ihren Lebensunterhalt neben dem Studium. Auch ihnen muss ein Studium ohne Burnout möglich sein.

Wahl zum (StuPa)
Studierendenparlament

LISTE 4

Unsere
KandidatInnen sind:

1. Swantje Böttcher
LAGym SoWi/Mathe
OE Erzwiss.

2. Ingo Balzereit
LOA, StuPa, ALSt,
BaMaLa, OE Erzwiss.

3. Sophie Kaphengst
SoPäd, 5. Sem
FSR, OE Erzwiss.

4. André Dettmering
LOA, StuPa,
SubkulturParanoia

5. Katja Weiden
BA LAso, 1. Sem
Greenpeace, GJ

6. Daniel Lentfer
Politikwissenschaft, 5. FS.

7. Luise Günther
LAG, 5.Sem,
Gebührenboykott

8. Thomas Pott
LaGym Sowi/Mathe,
5.Sem. StuPa, OE

Die vollständige Liste findest Du unter:
[www.campusgruen.org/
KandidatInnen/](http://www.campusgruen.org/KandidatInnen/)

Impressum

Die grüne Wahlzeitung
wird herausgegeben von:

CampusGrün Hamburg
c/o Fachschaft Informatik
Vogt-Kölln-Str. 30
22527 Hamburg
Germany

www.campusgruen.org
kontakt@campusgruen.org
Konzeption, Organisation
und V.i.S.d.P.:

Sophie Kaphengst, André Dettmering,
Sebastian Naumann u. Ingo Balzereit
Layout: Ingo Balzereit



Alle unsere Texte stehen unter der „Creative Commons-Attribution-Share Alike 3.0“-Lizenz. Du darfst unsere Texte also nutzen und ändern, solange du deine Ergebnisse ebenfalls so zur Verfügung stellst.

Hier die genauen Nutzungsbedingungen:
<http://tinyurl.com/ccbysa30de>

Interview mit Kai Gehring (MdB): Mit mutigen Schritten aus der sozialen Schieflage



© Rottmann

Kai Gehring ist Diplomb Sozialwiss. und seit 2005 für Bündnis90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag als jugend- und hochschulpolitischer Sprecher.

Die DemonstrantInnen werden im Moment von allen Seiten gelobt, doch Schuld oder verantwortlich ist niemand. Was ist dein Rat an die demonstrierenden Studenten?

SchülerInnen und Studierende sollten den Druck hochhalten, den sie mit ihren kreativen Pro-testen aufgebaut haben. Im Juni hat Ministerin Schavan dieselben Forderungen der Bildungstreikenden als „gestrig“ abgekanzelt, jetzt können sie sich vor Solidaritätsbekundungen kaum retten. Die grünen Fraktionen in den Länderparlamenten und im Bundestag werden weiter Druck machen, damit Lippenbekenntnisse und Ankündigungen zügig zu konkreten Maßnahmen und Ergebnissen führen. Wir brauchen jetzt bessere Studienbedingungen, höhere

Bildungsinvestitionen und eine Bologna-Korrektur, die in den Hörsälen ankommt!

Wie viele Studierende bist auch du dafür, Studiengebühren abzuschaffen. Können die Universitäten ohne das zusätzliche Geld auskommen? Wie kann man Alternativen schaffen?

In Hessen und demnächst im Saarland sind die Studiengebühren durch tatkräftige Grüne abgeschafft, in Hamburg in einem ersten Schritt entschärft. Das Geld, was den Hochschulen durch das Ende der Campus-Maut wegfällt, muss kompensiert werden. Denn schon heute sind die Hochschulen bundesweit eklatant unterfinanziert. Allein um die Qualität der Lehre zu verbessern, brauchen wir bundesweit jährlich rund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich. Wer wie die Bundesregierung milliardenschwere Steuergeschenke an Besserverdienende und Lob-byverbände schnürt, entzieht der „Bildungsrepublik“ die finanzielle Basis und setzt falsche Prioritäten.

Das Bafög soll erhöht werden und ein Nationales Stipendienmodell geschaffen werden. Was ist das Grüne Konzept zur Studienfinanzierung?

Mit den Mitteln, die Schavan in ihr ungeordnetes Stipendien-system stecken will, ließe sich das Bafög sofort um 10% erhöhen. Daher fordern wir eine schnelle Bafög-Novelle ein. Dies ist aber nur der Auftakt für einen mutigen Ausbau der staatlichen Studienfinanzierung. Wir Grüne wollen ein Zwei-Säulen-Modell mit einem elternunabhängigen Sockel für alle und einer sozialen Komponente für die, die es brauchen. Im Gegensatz zu einem Studierendengrund-einkommen bringt das grüne Zwei-Säulen-Modell eine zielgenaue und zielgruppengerechte Förderung. Studierenden aus reichen und armen Familien ein gleiches Grundeinkommen zu überweisen, wäre ungerecht. Mit dem Zwei-Säulen-Modell leisten wir dagegen einen Beitrag zur dringend notwendigen sozialen Öffnung der Hochschulen. Bildungsbeilegung und Studierendquote würden mit der neuen Förderung erhöht

Campus kultivieren!

Festivals, Theater, Ausstellungen und ähnliches sind Teil unseres kulturellen Lebens auf dem Campus. Kulturelle Veranstaltungen als Schnittstelle

diverser Einflüsse und studentischer Interessen geben Anregungen und Denkanstöße, sie können unsere politische Kultur bereichern. Kultur ist für uns gestalterischer Ausdruck, geistige und

CampusGrün Hamburg

CampusGrün ist eine offene und buntgemischte Gruppe, die für einen Kreis von Grundwerten steht und nicht für eine festgefahrene Ideologie. Wir haben den Anspruch uns kritisch und konstruktiv für die Interessen der Studierenden aller Fachbereiche einzusetzen. Uns gibt es seit Frühjahr 2007. Seit dem Sommersemester 2008 sind wir im Studierendenparlament vertreten und seit dem Sommersemester 2009 auch im Akademischen Senat.

Dort arbeiten wir konstruktiv um unsere Themenschwerpunkte Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit voranzubringen. Wir verstehen uns als parteiunabhängig, stehen aber in Kontakt mit der

GAL und der Grünen Jugend. Wir bringen uns dort in Diskussionen zu hochschulpolitischen Themen ein und vertreten ihnen gegenüber studentische Positionen, wie zum Beispiel unsere Ablehnung jeglicher Form von Studiengebühren. Des Weiteren bringen wir uns über das Campusgrün Bündnis auf Bundesebene auch in bundespolitische Diskussionen ein. Das heißt für uns: Sich aktiv für Verbesserungen einzusetzen und Probleme gemeinsam zu lösen! Das bedeutet nicht nur über Probleme zu reden, sondern sich aktiv für kleine und große Veränderungen an der Universität einzusetzen, dabei auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben und trotzdem die Ideale

praktische Auseinandersetzung und Umformung dessen, was uns täglich umgibt. Für Studierende gehört der Campus zum Mittelpunkt ihres Lebens. Deshalb fordern wir die Öffnung universitärer Räume zur freien

nicht aus den Augen zu verlieren! CampusGrün Hamburg ist organisiert im Bündnis Campusgrün. Campusgrün ist der Dachverband der grünen und grün-nahen Gruppen an den Hochschulen in Deutschland. Der Grünen Partei steht das Bündnis inhaltlich nahe, ist jedoch strukturell unabhängig.

Regelmäßig veranstaltet Campusgrün Seminare zu verschiedenen hochschulpolitischen Themen, die auch die Möglichkeit bieten sich mit Aktiven von anderen Hochschulen auszutauschen. Inhaltlich besteht die Arbeit aus einer Mischung von ökologischen und hochschulpolitischen Themen wie dem Kampf gegen Studienge-

Ein Platz für die Uni

Seit über einem Jahr diskutiert die Uni und die ganze Stadt über die bauliche Zukunft der Universität. Eine Studie des Senats suggeriert, dass nur ein Umzug der gesamten Uni auf den Kleinen Grasbrook „ideale Bedingungen für Forschung und Lehre“ und die entsprechende „Signalwirkung an die internationale und nationale Wissenschaftscommunity“ liefert. Die Stadt erhofft sich mit dem Sprung über die Elbe eine Aufwertung der Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel. Doch so richtig glaubt daran keiner mehr, nachdem sich Anwohner, Studierende, SPD, Linkspartei, GAL und Teile der CDU dagegen ausgesprochen haben und Monika Auwter-Kurtz, glühende Verfechterin der Umzugs-idee, gehen musste. Obwohl die stadtentwicklungspolitischen Auswirkungen der Planungen gigantisch sind, stehen aus wissenschaftspolitischer Sicht na-

türlich die Anforderungen der Universität im Vordergrund. Unbestritten ist, dass für Forschung und Lehre mehr Flächen benötigt werden. Durch doppelte Abiturjahrgänge und geburtenstarke Jahrgänge wird es in den kommenden Jahren mehr Studienberechtigte geben. Doch ein Umzug könnte frühestens 2019 vollzogen werden, wenn das Studierendenhoch längst vorbei ist. CliSAP, das einzige Exzellenzcluster, das Hamburg im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes bekommen hat, hat bisher kein Gebäude und würde auch vor Ende der Förderungsdauer keins bekommen. Nachdem viele Ideen für die Weiterentwicklung des Campus in Eimsbüttel in den Raum geworfen worden sind, braucht es jetzt konkrete Pläne. Und natürlich muss die Stadt das zugesagte Geld zur Verfügung stellen.

Gegen Studiengebühren gemeinsam kämpfen!

CampusGrün lehnt Studiengebühren weiterhin ab! Wir denken, dass Studiengebühren vor der Aufnahmen eines Studiums abschrecken. Zudem erhöht es den Druck auf Studierende ihr Studium zügig abzuschließen. Wir sehen in dem aktuellen Gebührengesetz, welches die zunehmende Ökonomisierung der Bildung und den schrittweisen Rückzug der staatlichen Verantwortung nicht stoppt, sondern erstmals auch durch die grüne Partei in einer Koalition akzep-

tiert wird. Bildung darf nicht zur Ware und die Universität nicht zu einem Wirtschaftsunternehmen werden.

Wir freuen uns daher, dass andere diese Position teilen. So hat sich ein eigenständiges breites Bündnis formiert, an dem CampusGrün als Hochschulgruppe nicht beteiligt ist, auf das wir aber dennoch aufmerksam machen wollen.

Unser Aufruf: Helft dem Bündnis und macht Studiengebühren Geschichte!

Bis zum 29.01.2010 sammelt das „Bündnis für Gebührenfreiheit“ aus studentischen Interessenvertretungen, Gewerkschaften, politischen Jugendverbänden und den Oppositionsparteien der Bürgerschaft hamburgweit Unterschriften für die Abschaffung der Studiengebühren.
www.gebuehrenfreiheit.de

Nutzung als studentische Kulturräume. Schwerpunkt der AStA-Arbeit im Bereich Kultur soll die Förderung einer von Studierenden für Studierende aktiv gestalteten und nicht kommerziellen Kultur sein.

kritisch und konstruktiv für die Interessen der Studierenden

bühren oder die Förderung durch Bafög und Bildungsfinanzierung. Hier engagiert sich Campusgrün in lokalen und bundesweiten Projekten.

Des Weiteren arbeitet Campusgrün mit der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen und steht in reger Debatte mit Bündnis 90/ Die Grünen. Zentrales Organ von Campusgrün sind die Mitgliederversammlungen, die zweimal jährlich stattfinden. Dort wird der Bundesvorstand gewählt und es werden Positionen, Stellungnahmen, Projekte und vieles mehr vorbereitet, erarbeitet oder abgestimmt.